



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/IX/163 - 21. Juli 1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 039890

Zur Ollenhauer - Rede

Das Ende eines "schmutzigen Krieges"

Walter Freitag auf dem SPD - Parteitag

"Das kämpfende Wort" - Eine Ausstellung

Die Soz.-Internationale und die SPD

---

Deutschlands Stellung und Aufgaben in der Welt

----- Sp-Berlin

Es war ein Zusammentreffen von symbolhafter Bedeutung, dass am Vortage der Ollenhauer-Rede vor dem Parteitag der SPD in Berlin nach langwierigen Verhandlungen der Waffenstillstand für Indochina zustandekam. Der durch die Entwicklung in Südostasien entstandene Alpdruck eines möglichen dritten Weltkrieges ist damit zunächst von den Völkern genommen. Es siegte der Verhandlungswille über das Interventionsprinzip. Das geschah genau fast zur gleichen Zeit, in der der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Erich Ollenhauer, sein überzeugendes Plädoyer für eine Politik der friedlichen Lösungen aller umstrittenen Fragen zwischen den einzelnen Völkern und ganzen Machtblöcken hielt.

Die Einigung über Indochina war nur möglich, weil auf beiden Seiten ein wirklich ernster Wille zum Ausgleich der Gegensätze und zur Beendigung des Krieges bestand. Die unbedingte Ernsthaftigkeit bei allen Versuchen, auf friedliche Weise Spannungen zu lösen oder doch zu mildern, war eine der Grundforderungen Ollenhauers an die vier Besatzungsmächte und auch an die Bundesregierung. Diese Forderung ist gerade in seinem Munde und in der Konzeption der deutschen Sozialdemokratie gewiß nicht neu. Aber sie erhielt ihr besonderes Gewicht und ihre Aktualität durch die jetzt in Asien geschaffenen Tatsachen. Es war

auffallend, dass Ollenhauer in seiner Rede den Problemen dieses riesigen und jetzt mit aller Gewalt aufstrebenden Teilkontinentes, wie er in erster Linie durch Indien repräsentiert wird, so breiten Raum gab. Aber die offenkundige Verflechtung alles weltpolitischen Geschehens in unseren Tagen rechtfertigt diese Betrachtungsweise durchaus. Indien steuert unter der Führung Nehrus einen Kurs, der auf Entspannung der krisenhaften Weltsituation abgestellt ist und jede einseitige Bindung an einen der beiden Blöcke vermeidet.

Auch im deutschen Interesse liegt es, den Weg zu Verhandlungen zwischen den grossen Gegenspielern nicht durch eigenes Verschulden zu verschütten. Deshalb wendet sich die deutsche Sozialdemokratie aus wohlüberlegten Gründen so entschieden gegen jede Erschwerung bestehender und zukünftiger Verhandlungssituationen. Sie bekämpft mit Leidenschaft alle Tendenzen, Richtungen und Ansätze einer Politik, die zwangsläufig zu kriegerischen Verwicklungen oder einer endgültigen Teilung der Welt in zwei Machtblöcke führen muss. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit den sozialistischen Parteien aller Länder.

Gewiss gibt es zwischen den einzelnen Parteien in der Sozialistischen Internationale Gegensätze in bestimmten Fragen. Aber dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle diese Parteien im Grunde eine grosse Schicksalsgemeinschaft bilden, die in ihrer Gesamtheit der stärkste, wenn nicht vielleicht gar der einzige Schutz vor dem Absturz der Menschheit in das Grauen eines dritten Weltkrieges ist.

Diese Erkenntnis beinhaltet, auf Europa angewandt, nach Ollenhauer die Notwendigkeit, die Verhandlungssituation zu erhalten, "gemeinsam mit allen sozialistischen Parteien für die allgemeine Abrüstung einzutreten" und zu einer internationalen Kontrolle der Atomenergie zu kommen. Sie bedeuten weiterhin die Stärkung der UN und das unermüdliche Bestreben um ein Sicherheitssystem, das "sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von der Sowjetunion getragen wird", ein System, in dem die Stellung Deutschlands weder von der einen noch von der anderen Seite als Drohung empfunden werden kann.

Auf der Berliner Vierer-Konferenz sprachen die Vertreter der Grossmächte noch aneinander vorbei, war der Wille zu einer Einigung über Deutschland, und zwar ein wiedervereinigtes

Deutschland, zu kommen, kaum sichtbar. Man versuchte, sich der logischen Notwendigkeit zu entziehen, das europäische Sicherheitsproblem gleichzeitig mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung zu behandeln. Ob man nach den neuesten etwas besseren Erfahrungen mit einem aufrichtigen Verhandlungs- und Kompromißwillen in einer möglichen späteren Phase neuer Deutschland-Besprechungen den Mut zu dieser Konsequenz findet, wird sich erst später zeigen. Sicher ist allerdings, dass die Beibehaltung des status quo zu den Bekenntnissen des Westens und des Ostens, den Frieden zu wollen und alles zu tun, um ihn zu sichern, in einem unüberbrückbaren Gegensatz steht.

Die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft verhärtet den status quo, d.h. die Spaltung Deutschlands. Deshalb findet sie den erbitterten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie. Dass es sich dabei nicht um ein Bekenntnis zur Wehrlosigkeit handelt, hat Ollenhauer ganz klar gemacht, als er sagte: "Unsere Ablehnung der EVG bedeutet auch nicht die Verweigerung eines militärischen Beitrages unter allen Umständen, solange die Spaltung Deutschlands besteht". Die sachlichen Voraussetzungen, unter denen ein solcher Beitrag geleistet werden kann, sind bekannt und oft genug aufgezählt worden. Eine andere Frage ist die, wann nach sozialdemokratischer Auffassung die politischen Voraussetzungen für die Notwendigkeit eines solchen Beitrages gegeben sind. Hier wird man nicht rein spekulativ irgendeinen Fall konstruieren können, sondern sich nach den dann vorliegenden tatsächlichen politischen Gegebenheiten richten müssen, die man heute einfach noch nicht übersehen kann. Auch ein deutscher Wehrbeitrag, das machte Ollenhauer sehr deutlich, muss in erster Linie deutschen Interessen dienen und darf niemals ein Hindernis für die Wiedervereinigung sein. Er darf auch nicht zu einem Instrument amerikanischer Aussenpolitik mit ihrer ganzen gegenwärtigen Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit degradiert werden.

Innen- und Aussenpolitik sind voneinander nicht zu trennen, sie sind die beiden Seiten einer Medaille. Die Politik der Bundesregierung müsste in jeder Handlung den Stempel eines nicht zu brechnenden Willens zur deutschen Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden tragen. Dieser Wille müsste so nachdrücklich in Erscheinung treten, dass die Besatzungsmächte sich ihm auf die Dauer nicht entziehen können. Auch die Entwicklung, die die Bundesrepublik zu einer Art spätkapitalistischen Naturschutzpark genommen hat, türmt im gespaltenen Deutschland selbst Hindernisse für eine Wiedervereinigung auf. Die Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die 18 Millionen der Sowjetzone hängt wesentlich von ihrem Gehalt an sozialer und freiheitlich-demokratischer Substanz ab. Ollenhauer hat nachgewiesen, wieviel in dieser Hinsicht auch in der Bundesrepublik noch zu tun übrig bleibt.

Die Analyse, die er zur deutschen und weltpolitischen Situation gegeben hat, vermittelt ein geschlossenes, in der Darstellung der Wirklichkeit und ihrer grossen Zusammenhänge sehr klares Bild. Es weist keine überraschenden Konturen und keine grellen Farben auf. Es ist ein Abriss, dessen Grunderkenntnisse und wesentliche daraus abgeleitete Forderungen den freiheitlich und demokratisch gesinnten Teil des deutschen Volkes zur tätigen Mitverantwortung aufrufen.

Liquidierung einer schweren Hypothek

G.S.-Paris, 21. Juli

Als Ministerpräsident Mendès-France der französischen Nationalversammlung vor vier Wochen erklärte, er wolle am 20. Juli den Krieg in Indochina liquidieren, der für Frankreich zu einer schweren, untragbaren Hypothek geworden war, wurde er von einigen Parlamentariern als Vabanquespieler bezeichnet. Man könne nicht, so wurde scheinbar eindrucksvoll argumentiert, durch Festlegung eines Stichtages Molotow und Tschu En-lai die Entscheidung nicht nur über Krieg und Frieden, sondern schließlich auch über die innenpolitischen Geschicke Frankreichs überlassen.

Eines wurde bei dieser Argumentation allerdings vergessen, daß nämlich die Festsetzung eines Stichtages auch als Ultimatum an die kommunistischen Mächte ausgelegt werden könnte: und man kann der großen Persönlichkeit, als die sich Mendès-France erwiesen hat, Glauben schenken, als der Ministerpräsident erklärte, er werde seinem Nachfolger eine militärische Situation hinterlassen, die es ihm gestatten würde, den Krieg wirksamer zu führen.

Aber nicht das ist heute wesentlich: mit bewußter Unterstützung Großbritanniens hat Mendès-France ein Kompromiß erreicht, das allein möglich war. Man könnte weiter gehen und sagen, daß dieser Kompromiß neben Panmunjom bestehen kann. Die UNO-Streitkräfte verfügten über ungleich solidere Positionen als sie Frankreich in Indochina besitzt. Die Teilung des Landes - so schmerzlich sie auch für die Millionen Indochinesen ist, die jetzt der kommunistischen Herrschaft unterstellt werden - entspricht nämlich auch, was nicht vergessen werden sollte, einem Kompromiß von kommunistischer Seite: denn die Streitkräfte des Viet Minh - Dien Bien Phu hat es bewiesen - hätten in den kommenden Monaten wahrscheinlich in Vietnam den Krieg zu ihren Gunsten beendet.

Man rufe sich in Erinnerung: der Krieg begann von französischer Seite als Kolonialunternehmen. Er hat diesen Kolonialcharakter bis in die letzten Monate hinein gewahrt, da Frankreich sich beharrlich weigerte, auch nur seiner Puppenregierung in Vietnam die volle Unabhängigkeit zu gewähren.

Mendès-France ist heute der populärste Staatsmann, den Frankreich in den Nachkriegsjahren besessen hat. Seine neue, frische Art, an die Probleme heranzugehen, hat "PMF" die Herzen des französischen Volkes erobert. Seine Stärke liegt darin, daß auch seine politischen Gegner nicht in der Lage gewesen wären, eine andere bessere Lösung für Indochina vorzuschlagen. Der französische Ministerpräsident hat durch seine Unterschrift in Genf nur eine Tatsache beglaubigt, die nur noch von einigen Rechtsextremisten in Zweifel gestellt werden kann: Frankreich ist nicht mehr das Land, das es sich leisten kann, eine "Weltmacht" zu sein. Mendès-France hat zudem die Beglaubigung von Foster Dulles erhalten, dem die klare, realistische Sprache des jungen Staatsmannes sehr imponiert hat.

Ein großer Schritt ist getan. Auch in Frankreich wird man in der allgemeinen Freude über den Abschluß dieses "schmutzigen Krieges" nicht vergessen, daß ungeheure Aufgaben noch bevorstehen. Aber auch große EVG-Optimisten können nicht annehmen, daß Mendès-France den Pariser Vertrag in der Form, in der unterzeichnet wurde, dem Parlament vorlegen wird. Aber Mendès-France wird im Gegensatz zu seinen Vorgängern hier ebenso eindeutig Stellung nehmen wie in der indochinesischen Frage, und das Parlament wird, bevor es in die Ferien geht, ein europäisches Verteidigungsprogramm in dieser oder jener Form unterbreitet bekommen.

Die Tatsache andererseits, daß ägyptischer Nationalistenchef Habib Burgiba unweit von Paris eine menschenwürdigere Residenz zugewiesen erhielt, deutet an, daß "PMF" sich anschickt, mit den authentischen Vertretern des tunesischen Volkes zu verhandeln, die Bürgerkriegs-Situation zu liquidieren und dem tunesischen Wunsch nach "interner Autonomie" entgegen zu kommen. Auch hier wird mit der Liquidierung eines ungesunden und überholten Zustandes begonnen werden.

Bleibt die vielleicht größte Aufgabe: die nämlich, der französischen Wirtschaft eine neue Struktur zu geben, sie zu modernisieren und so die Voraussetzungen für eine Gesundung des Landes zu schaffen.

Man kann heute nicht prophezeien, Die Schwierigkeiten für Mendès-France werden gewaltig sein. Aber fest steht, daß er sie jetzt unter besonders günstigen Voraussetzungen anpacken kann, nachdem ihm in Genf den Nimbus eines echten Staatsmannes verschafft hat.

### Gewerkschaften und SPD

Walter Freitag, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hielt auf dem Parteitag der SPD eine Begrüßungsansprache, die besonders stark beachtet wurde. Wir geben einen ausführlichen Auszug daraus wieder.

"Ich habe den Auftrag, die besten Wünsche und Grüße des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ihrem Parteitag zu überbringen. Ich tue das umso lieber, weil ich mich in einem Kreise von Menschen weiß, die mit uns - der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands auf das innigste verbunden sind. Die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratischer Partei und deutschen Gewerkschaften ist sehr schwer zu finden. Wir sind Kinder einer Mutter und wir sind aus der Not geboren. Die Not und die Verzweiflung des Volkes hat die Partei geschaffen und hat Gewerkschaften geschaffen, und aus dem gemeinsamen Erleben sind wir das geworden, was wir beide sein wollen. Aus diesem Grunde müßte es seltsam sein, wenn uns nicht dieselben Gedanken leiten und bei uns vorhanden sein sollten, wenn wir uns nicht mehr verständigen könnten.

Die Not und die Verfolgung, die hinter uns liegen, haben uns schon manche Erkenntnis gebracht und haben uns nach meiner Auffassung noch enger zusammengeführt als wir es je gewesen sind. Ich weiß, daß man unseren Gewerkschaften im Augenblick die Verpflichtung auferlegen will, daß wir parteipolitisch neutral sein sollen. Wir bemühen uns und sind parteipolitisch neutral. Das bedeutet aber nicht, daß wir keine politische Meinung haben. Und das bedeutet nicht, daß wir dieser politischen Meinung nicht Ausdruck geben wollen und unsere Anhänger im Lande aufrufen, mit uns gemeinsam den Weg zu gehen, der auch in unserem neuen Deutschland gegangen werden muß, um zu besseren Verhältnissen zu kommen.

### Innige Zusammenarbeit

Die ganze Geschichte der Vergangenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeugt von der Innigkeit des Zusammengehens zwischen Partei und gewerkschaftlicher Organisation, und ich möchte denjenigen sehen, der die Vergangenheit verleugnen wollte. Ich möchte auch für die Zukunft, daß eine innige Zusammenarbeit bestehen bleibt. Das bedeutet nicht, daß wir vom Deutschen Gewerkschaftsbund irgendwie politisch aktiv werden wollen. Wir haben unsere Aufgabe, und die Sozialdemokratische Partei hat ihre Aufgaben. Die Aufgaben, die uns als Deutschem Gewerkschaftsbund gestellt sind, können von uns nicht allein gelöst werden. Es hat sich bei uns die Meinung herausgebildet, daß die beste Unterstützung in all unseren Bemühungen - seien sie sozialpolitischer, seien sie wirtschaftspolitischer Natur - uns von der Sozialdemokratischen Partei gegeben wird.

Mancher mag es merkwürdig finden, daß ich das hier so zum Ausdruck bringe. Unter Umständen wäre mir wohler, wenn ich das nicht zu sagen brauchte und wenn ich anerkennen müßte, daß auch andere Parteien in derselben Art und Weise, wie es die SPD getan hat, die

deutschen Gewerkschaften unterstützen. Leider ist das nicht der Fall. Und aus diesem Grunde wird es so sein, dass jetzt und noch längere Zeit die Deutsche Gewerkschaftsbewegung auf der politischen Ebene keinen besseren Verbündeten hat als die Sozialdemokratische Partei.

#### Noch viele gemeinsame Aufgaben

Mir scheint, dass viele Aufgaben für uns beide - für Partei wie für Gewerkschaften - in der nächsten Zeit zu erledigen sind und dass wir uns mehr rühren müssen, als es bisher der Fall gewesen ist, damit wir nicht wieder unangenehme Überraschungen erleben. Es ist notwendig, dass wir den letzten Mann aufrütteln und der letzten Frau begreiflich machen, was wir noch alles schaffen müssen, um zu einem besseren Dasein zu kommen.

Unser Tun ist noch nicht zu Ende. Als sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts unsere Anhänger in Deutschland politisch betätigten und auch in wirtschaftlichen Organisationen zusammekamen, haben sie damals manches unterlassen müssen. Das Feld, das sie bearbeiten mussten, war ausserordentlich schwierig. Die Not, die damals auf den Schichten der arbeitenden Bevölkerung lag, mag sich geändert haben. Es wäre dumm von uns, wenn wir behaupten wollten, dass wir noch ähnliche Zustände in Deutschland hätten, wie es damals der Fall gewesen ist. Wir sind durch gemeinsame Arbeit auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu besseren Zuständen gekommen. Sind die Zustände aber so, dass wir bereits die Hände in den Schoß legen können? Oder haben wir noch eine Verpflichtung, vor allen Dingen der heranwachsenden Jugend eine bessere Zukunft zu geben, als wir sie zum grossen Teil alle durchleben mussten? -

Wir haben noch Verpflichtungen. Wir müssen noch einiges tun. Aus diesem Grunde haben wir gerade der jungen Generation zu sagen, dass unser Werk nicht zu Ende ist, sondern dass noch grosse Aufgaben unser harren, dass wir gemeinsam Hand anlegen müssen, ein Deutschland zu schaffen, in dem sozialer Fortschritt und demokratische Gesinnung herrschen.

Deshalb besteht die Verpflichtung, dass Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten im Interesse der schaffenden Menschen, um ihnen eine bessere Zukunft in Deutschland zu ermöglichen.

+ + +

Kämpfendes Wort

sp - Berlin

In Verbindung mit ihrem Parteitag in Berlin veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Messegelände am Berliner Funkturm die Ausstellung "Kämpfendes Wort". Das ist ein verpflichtendes Motto - und man kann sagen, dass die Veranstalter ihm gerecht geworden sind. In moderner und kühner Untergliederung und Aufteilung bietet die Ausstellung in prägnanter Form einen Ausschnitt der Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit den reaktionären Kräften der Gesellschaft seit den Anfängen der Arbeiterbewegung.

Dass etliche grosse weisse Ballons und dazugehörige Hänge-transparente die optischen Blickpunkte sind, mag vielleicht als beziehungsvolles Symbol gelten: Ein Hauptaktzent sozialdemokratischen Wollens war der ständige Kampf gegen den Totalitarismus und gegen die Diktatur. Denn diese Ballons bezeugen eine moderne Art der Agitation gegen den totalitären Osten. Über den befohlenen Massenversammlungen in Mitteldeutschland schweben sie mit ihren entrollten Losungen und schütten Tausende von Flugblättern über die Menschen aus.

Man findet die Reden und Schriften Erich Ollenhauers, Kurt Schumachers, sozialdemokratische Manifestationen zum Kampf um die Einheit Deutschlands, zur Heimatvertriebenenfrage, zu den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik, zur Stellung der SPD zur EVG, zu Problemen der Aussenpolitik etc. Man findet das originelle Wahlmaterial der vergangenen Jahre (Brotkarte, Kartenspiel) wieder, die Schriften der Jungsozialisten und der Frauenorganisation. Einen besonderen Eindruck vermitteln die Tafeln, die den praktischen Kampf unter dem SED-Regime veranschaulichen. Auf der Tafel "Unlösbare Bande" entdeckt man bei den eingeschickten Stimmzetteln über die Einheit in Frieden und Freiheit den Vermerk eines unbekanntens Einsenders: Wir haben doch am 17. Juni gezeigt, wo wir stehen.

Die vielen eingeschmuggelten Tarnzeitschriften und Tarnzeitungen, die Karrikaturen, die von Jugendlichen über ihr Regime gefertigt und herausgeschmuggelt wurden, die wütenden Hetzkampagnen des SED-Regimes gegen den "Sozialdemokratismus" vermitteln ein Bild von dem Widerstandswillen der Bevölkerung gegen die Unterdrücker. Man findet die Broschüren und Denkschriften, die die freie Welt über die Verhältnisse in Mitteldeutschland aufklären und steht schliesslich erschüttert vor einem rührenden Bild: Einem auf dem ersten Blick schwarz erkennbaren, seltsamen Gebilde sind die Worte zugefügt: "Ohne die Sicherheit Berlins gibt es keine Sicherheit der Bundesrepublik und keine in allen anderen Dingen Europas". Und dann entdeckt man plötzlich: Das seltsame Gebilde ist eine Baskenmütze und steht für einen Mann, für Ernst Reuter. Es bedarf nur dieser kleinen Geste, um deutlich zu machen, wie Ernst Reuter von seinen Berlinern verehrt und geliebt wurde.

"Hinter dem Rücken der Gestapo" heisst ein besonderer Abschnitt, der das illegale Schrifttum der Sozialdemokratie in der Hitlerdiktatur darstellt. Ein Kuriosum ist dabei ein Heftchen im Format von sechs Briefmarken mit dem Titel: Die Kunst des Selbstrasierens - Neue Wege männlicher Kosmetik. In den Text ist die Auseinandersetzung mit dem Faschismus eingebaut. Besonderes Interesse verdienen die ausgestellten Dokumente aus den Anfängen der Arbeiterbewegung. Man findet Exemplare des "Social Demokrat" aus den Jahren 1868 und 1872 und sogar die Zeitung aus der Frühgeschichte der unorganisierten Arbeiterbewegung aus dem Jahre 1849.

Prophetische und mahnende Plakate aus dem Jahre 1914 und 1933 leiten eindrucksvoll über zu dem Querschnitt durch die Propaganda der Partei in der Bundesrepublik und der europäischen

Nachbarparteien seit 1945. Die Beispiele von Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Italien, Österreich, Schweiz, Holland, Belgien, Frankreich und England bekräftigen das Leitmotiv: Wir kämpfen nicht allein - 64 Mill. Wähler, 10 Mill. Mitglieder, 36 Parteien.

Ein Gang durch diese Ausstellung bestätigt auch heute noch in unserem Zeitalter der Gefährdung der menschlichen Freiheit und Würde das Wort, das man in der "Vereinigung - Zeitung für sämtliche Arbeiter" vom 30. Juni 1849 findet: Wenn Vernunft und Macht verbunden, muss die Menschheit bald gesunden!

+ + +

### Das widerlegte Märchen von der Isolierung

sp - Berlin

Ein besonderes Merkmal des Parteitages in Berlin ist die ungewöhnlich hohe Anzahl von Vertretern der sozialistischen Parteien. Der europäische demokratische Sozialismus entsandte seine hervorragendsten Repräsentanten, darunter Clement Attlee, den früheren britischen Ministerpräsidenten, und Tage Erlander, den amtierenden Premier Schwedens, Männer also, die durch ihr Wirken unauslöschliche Spuren in der Geschichte ihres Landes hinterlassen haben und durch ihre Taten von der Lebenskraft des demokratischen Sozialismus zeugen. Die Stärke der sozialistischen Parteien wurzelt trotz aller Meinungsverschiedenheiten, wie Attlee es sagte, in einer Übereinstimmung von Prinzipien und Zielen.

Das große Interesse und die lebendige Anteilnahme der befreundeten Parteien an der deutschen Sozialdemokratie widerlegen das Märchen von ihrer Isolierung. Man weiß in der Welt, daß eine starke Sozialdemokratie gerade für eine gesunde deutsche Entwicklung unerlässlich ist. Der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander drückte das mit den Worten aus:

"Und ich will Ihnen ganz aufrichtig sagen, daß viele von uns im Ausland der Meinung sind, daß ohne die aufrechte und kompromißlos demokratische Haltung der deutschen Sozialdemokratie während der Nachkriegsjahre die politische Entwicklung Europas eine ganz andere und verhängnisvolle Richtung hätte nehmen können".

Gerade in den Begrüßungsansprachen von Vertretern solcher sozialistischen Parteien, die seit Jahren und Jahrzehnten in ihren Ländern bestimmenden Einfluß haben oder längere Zeit hatten, konnte auf den direkten Zusammenhang zwischen dieser ihrer Stärke und der vollkommenen Ohnmacht der Kommunisten und Faschisten hingewiesen werden. Das ist eine allgemein gültige Erscheinung, die beweist, daß die Sicherheit vor dem Totalitarismus in jeder Form nur in der Stärke des demokratischen freiheitlichen Sozialismus liegt.

---

Verantwortlich: Peter Raunau